

in Bitterfeld sind zum größten Teil solche Denunziationen. Er teilt mit, daß ein Kollege keine Gewerkschaftsbeiträge mehr bezahlen will und ein anderer den Werbern für die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“<sup>44</sup> erklärt habe:

*„Hört doch auf, das glaubt euch sowieso keiner mehr!“*

Der SSD vermerkt jede Mitteilung als Belastung der Betroffenen und erteilt Aufträge, diese noch schärfer zu beobachten.

**Auszüge aus Originalakten der SSD-Dienststelle Bitterfeld**

\*

Anfang 1954 wurden nach einer sowjetischen Amnestie zahlreiche politische Häftlinge aus den sowjetzonalen Strafanstalten entlassen.

Folgender Befehl an die Volkspolizei sorgte dafür, daß diese Menschen weiterhin unter schärfster Beobachtung und Kontrolle gehalten wurden:

„ . . . .

2. *Der Amtsleiter hat dafür zu sorgen, daß vom ersten Tag an die ABV und die Abt. PM darauf achten, daß der zur Entlassung Kommende tatsächlich in dem Wohnort eingetroffen ist und seine polizeiliche Anmeldung vollzieht.*

. . . . .

3. *Wird bei den sofort vorzunehmenden Überprüfungen der Abt. PM und der ABV festgestellt, daß Entlassene nicht in dem vorgesehenen Wohnort eingetroffen sind, hat schnellstens über die zuständige BDVP Meldung an die HA PM zu erfolgen.*